

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/63

1. April 1971

Erinnerung an einen großen Sozialdemokraten

Ernst Heilmann wurde vor 31 Jahren vom
NS-Regime ermordet

Von Dr. Alex Möller MdB
Bundesminister der Finanzen und Mitglied
des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

"Weißbuch" wird zügig verwirklicht

Heimut Schmidt gibt Verteidigungsausschuß
Zwischenbilanzen

Von Klaus Richter SPD-MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 3 / 46 Zeilen

Luftreinhaltung von Kfz-Abgasen möglich

Politiker müssen den technischen Fort-
schritt nützen

Von Ludwig Feilermaier SPD-MdB
Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundes-
tages und des Europaparlaments

Seite 4 und 5 / 83 Zeilen

Bundestags-Unruhe über Olympia-Kosten

Wachsende Öffentlichkeits-Beschwerden über
"Milliardenspiele"

Seite 6 / 45 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Vorantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Hausallee 2-10
Postfach: 8153
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 840/886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Erinnerung an einen großen Sozialdemokraten

Ernst Heilmann wurde vor 31 Jahren vom NS-Regime ermordet

Von Dr. Alex Möller MdB

Bundesminister der Finanzen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Vor kurzem habe ich in einer Gedonkschrift des Weimarer SPD-Reichsfinanzministers Rudolf Hilferding gedacht, der im Februar 1941 in einem Pariser Gestapo-Gefängnis ums Leben gekommen war. Heute möchte ich an ein weiteres Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus sozialdemokratischen Reihen erinnern: an Ernst Heilmann, den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD im Preußischen Landtag und Reichstagsabgeordneten der Jahre 1928 bis 1933.

Ernst Heilmann wurde am 13. April 1881 - der Geburtstag jährt sich in Kürze zum 90. Male - in Berlin geboren, trat während seiner juristischen Studien in die SPD ein und wurde deswegen nicht zum Assessor zugelassen. Ab 1903 parlamentarischer Mitarbeiter der sozialdemokratischen Presse, wurde er 1907 Chefredakteur der "Chemnitzer Volksstimme" und schrieb 1912 die noch heute spannend zu lesende "Geschichte der Chemnitzer Arbeiterbewegung". Preußisch gesinnt, nahm er trotz jüdischer Abstammung als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teil und verlor bei einer schweren Verwundung die Sehkraft seines rechten Auges. Von 1915 an war er Mitarbeiter an der Zeitschrift "Die Glocke" und wurde 1917 Herausgeber der "Internationalen Korrespondenz", 1918 der "Sozialistischen Korrespondenz" und dann des "Politisch-Parlamentarischen Nachrichtendienstes".

Mit seiner 1919 erfolgten Wahl in die Landesversammlung bzw. in den Landtag von Preußen verlagerte sich der Schwerpunkt der Tätigkeit Ernst Heilmanns von der publizistischen auf die parlamentarische Bühne. Hier, im größten deutschen Land, das etwa zwei Drittel der Reichsbevölkerung umfaßte, fiel der sozialdemokratischen Partei eine besonders bedeutsame Rolle zu. Ernst Heilmann hat die schwierige Überleitung des preußischen Oberigkeitsstaates in die demokratische Republik von Anfang an konstruktiv mitgetragen. Er wurde 1924 zum Wortführer der stärksten Partei in der

Volksvertretung erkoren und hat maßgeblich zur Stetigkeit der Preußischen Regierung Braun-Severing beigetragen.

Ich habe Ernst Heilmann noch deutlich von jenem "Preußen-tag" der SPD in Erinnerung, auf dem er 1928 eine achtungsgebietende Bilanz über die zurückliegende Regierungszeit seit 1919 zog und zum neuen Wahlkampf sprach. Ich bin kurz darauf in meinem Wahlkreis Halle-Merseburg in den Landtag gewählt worden und habe Heilmann dann als Fraktionschef in der harten Tagespolitik aus unmittelbarer Zusammenarbeit erlebt. Bei hoher Intelligenz war er durchdrungen von der Idee des Sozialismus, die er gegen die radikalen Strömungen von rechts und links energisch verteidigte. "Aus der Begeisterung für dieses grose Ziel des Sozialismus schöpft der vorwärtsdrängende Geist seine Nahrung", lautete eine seiner Devisen; die mir noch in den Ohren klingen. In jenen Jahren großer nationaler Erregungen und Erschütterungen hat er seine politischen Freunde immer wieder auf dieses Ziel hingewiesen, das für ihn den Weg zur Freiheit, zur Gerechtigkeit und zum Weltfrieden bedeutete. Im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sah er nicht nur einen Kampf- und Schutzverband, sondern auch eine Einrichtung zur Verbreitung des republikanischen Staatsgedankens, auf der Grundlage dieser Wertvorstellungen.

Ernst Heilmann, der bei der Abstimmung über Hitlers Ermächtigungsgesetz im Reichstag auch seine "Nein"-Stimme abgegeben hat und der aber wegen seiner im Krieg bewiesenen nationalen Gesinnung und wegen seiner Verwundung das Los der Emigration nicht auf sich nehmen zu müssen glaubte, hat 1933 einen bitteren Leidensweg antreten müssen. Die berüchtigten Stationen: Gestapohaus, Flötzensee, KZ Cranienburg, Börgermoor, Dachau und Buchenwald erfüllen jeden Sozialdemokraten immer noch mit Bitterkeit. Ernst Heilmann ist am 3. April 1940 auf grauenvolle Weise von der SS "liquidiert" worden. Dressierte Bluthunde hatten ihm Arme und Beine zerfleischt, bis er im Todesbunker von Buchenwald "abgespritzt" (Injektion mit Evipan oder Chloralhydrat) wurde. Noch auf dem Schmerzenslager hat er nach Augenzeugenberichten bekannt: "Und dennoch habe ich recht gehandelt!"

Aus Versammlungen und Eingaben gewinne ich immer wieder den Eindruck, daß jene Terrorakte mehr und mehr in Vergessenheit geraten. Wer Weimar und die Nazizeit miterlebt hat, darf solche Erinnerungen nicht vergraben.

(-/ex/1.4.1971/bgy)

+ + +

"Weißbuch" wird zügig verwirklicht

Helmut Schmidt gibt Verteidigungsausschuß Zwischenbilanzen

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Verteidigungsausschuß des Bundestages hat sich in einer Zwischenbilanz mit dem "Weißbuch 1970" zur Sicherheit der Bundesrepublik und zur Lage der Bundeswehr befaßt. Er wird künftig in regelmäßigen Abständen durch den Bundesverteidigungsminister über die Verwirklichung der im "Weißbuch" angekündigten Maßnahmen informiert werden.

In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 war die umfassende kritische Bestandsaufnahme der Bundeswehr angekündigt worden. Am 6. Mai 1970 hatte das Bundeskabinett das "Weißbuch" verabschiedet, das die Ergebnisse der Generalinventur und die beabsichtigten Veränderungen enthält. Es wurde damit zur bindenden Richtschnur für das planmäßige Handeln der politischen und militärischen Führung. Die in ihm enthaltenen Entscheidungen erstrecken sich auf die Fürsorge für die Soldaten, auf die Umstrukturierung, die Ausrüstung und Organisation der Bundeswehr und auf den Verteidigungshaushalt. Mit den getroffenen Entscheidungen wurden 124 Einzelmaßnahmen festgelegt, 33 Maßnahmen erfordern Gesetzesänderungen und 91 Maßnahmen sind im Verordnungswege zu regeln.

Beeindruckend ist die Präzision, mit der Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt die von ihm beabsichtigten Reformen durchsetzt. Von den angekündigten Maßnahmen sind Ende März 1971 bereits 86 verwirklicht. Weitere 14 Maßnahmen liegen in Form von sieben Gesetzen dem Parlament zur Entscheidung vor. Zur völligen Realisierung des Weißbuches sind 20 Gesetze zu ändern oder neu zu erlassen. Die Federführung liegt nicht in jedem beim Bundesminister der Verteidigung. Über ein Teil der Vorhaben muß Helmut Schmidt mit den Bundesländern, der Kultusminister-Konferenz, der Westdeutschen Rektoren-Konferenz und mit den Verbänden der Wirtschaft verhandeln.

Mit dem "Weißbuch" war die Einberufung mehrerer Kommissionen angeordnet worden. Die von der Bundesregierung eingesetzte Wehrstruktur-Kommission, die Ausbildungs- und Bildungskommission und die Kommission zur Reorganisation des Rüstungswesens haben ihre Berichte vorgelegt. Die Vorschläge zur Neuordnung des Rüstungsbereiches wurden dem Verteidigungsausschuß bereits vorgebracht, sie fanden dort nicht nur die volle Unterstützung der SPD und FDP, sondern sie wurden ohne Einschränkungen auch von der Opposition anerkannt.

Aus dem Kommissionsberichten kann man entnehmen, daß einige größere Vorhaben langfristig angelegt sind, das Wirksamwerden reicht teilweise in die nächste Legislaturperiode hinein. Das betrifft zum Beispiel Maßnahmen, die mit dem neuen Bildungskonzept zusammenhängen. Helmut Schmidt ist nicht bereit, das Reformprogramm zu erweitern, bevor es konsequent zu Ende geführt ist.

(-/ex/1.4.1971/bgy)

Luftreinhaltung von Kfz-Abgasen möglich

Politiker müssen den technischen Fortschritt nützen

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses
des Bundestages und des Europaparlaments

Die Bundesregierung macht ernst mit dem Umweltschutz. Der Bundestag hat sich mit einem Gesetzentwurf zur Verminderung der Luftverunreinigung durch Benzin befaßt. Danach soll der Bleigehalt im Benzin, der zu einer schweren Gesundheitsschädigung führt, wesentlich herabgesetzt werden. Würde in dieser Richtung nichts geschehen, müßten sich alle verantwortlichen Politiker vorwerfen lassen, daß sich das Auto und seine schädlichen Abgase bei der raschen Zunahme der Motorisierung zur Geißel der Menschheit entwickeln würde. Der Benzin-Motor spuckt Kohlenmonoxyd, Kohlenwasserstoffreste, anoxydierte Kohlenwasserstoffe, Stickoxyd und Bleiverbindungen aus. Es ist erwiesen, daß diese giftigen Stoffe zumeist im großstädtischen Verkehr in so großer Konzentration vorhanden sind, daß sie gesundheitliche Schäden für den Menschen mit sich bringen. Bekannt ist ihre schädliche Wirkung auf den Kreislauf, das Körpergewebe, die Schleimhaut, die Atemwege und die Augenbindehaut.

Wieder einmal ist also die Bundesregierung Schrittmacher einer europäischen Entwicklung. Durch die Verordnung der Bundesregierung über die Beseitigung der schädlichen Abgase von Kraftfahrzeugmotoren mit Fremdzündung (Otto-Motoren) sah sich die EWG-Kommission veranlaßt, eine Richtlinie vorzulegen, die in allen EWG-Staaten in der zweiten Jahreshälfte 1971 in Kraft treten wird. Mit dem Gesetzentwurf über die Senkung des Bleigehaltes im Benzin wird mit Sicherheit erreicht, daß die EWG-Kommission die deutsche Regelung in eine neue EWG-Richtlinie im Interesse der Gesundheit ihrer Bürger einbringen wird. In Beantwortung einer sozialdemokratischen Parlamentsanfrage hat die Kommission bereits angekündigt, daß nach den Plänen, die in der Bundesrepublik vorliegen, sie eine Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf diesem Gebiet prüfen wird.

Ziel aller gesetzlichen Regelungen muß sein, in einem technisch vertretbaren Zeitraum zu erreichen, daß das gesundheitsschädigende Blei gänzlich aus den Vergasertreibstoffen verschwindet. Mitbeeinflußt wird diese Entwicklung durch den Willen der US-amerikanischen Regierung, diese Maßnahme bereits 1975 in den Staaten durchzusetzen.

Um jedoch dieses Ziel erreichen zu können, muß die Hubraumsteuer fallen. Denn nur durch den Bau großvolumiger Moto-

ren, wird die angestrebte Entwicklung möglich sein. Eine konstruktionsneutrale Kraftfahrzeugsteuer gibt der Kfz-Industrie die Möglichkeit, eine neue Generation von Fahrzeugmotoren zu bauen, die mit einem größeren Volumen Treibstoff ohne Bleizusatz verbrauchen können. Deshalb wird im Vorgriff auf die große Steuerreform die Neukonzeption der jetzigen Kraftfahrzeugsteuer zwingend notwendig. Die Bundesregierung hat bereits Vorschläge dazu angekündigt, die insbesondere dem Umweltschutz und der Luftreinhaltung dienen sollen.

Zur Luftverschmutzung tragen aber nicht nur Benzinmotoren, sondern mindestens genau so die Dieselmotoren bei; denn auch in ihren Abgasen sind gesundheitsschädigende Stoffe enthalten. Deshalb darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Bundesregierung, die EWG-Kommission und der Europa-Ministerrat auch für diese Motoren Regelungen erläßt. Technisch gesehen, ist bei Otto- und Diesel-Motoren beides erfüllbar. In diesem Zusammenhang darf aus dem Arbeitsergebnis des Kongresses "Reinhaltung der Luft" des Vereins deutscher Ingenieure von 1969 zitiert werden, der folgendes festzustellen hatte:

1/ Durch spezielle Vorrichtungen läßt sich der Kohlenmonoxydanteil der Abgase auf ungefährliche Mengen herabsetzen; 2/ durch sinnvolle Steuerung des Verbrennungsvorganges ist es möglich, die Kohlenwasserstoffe bis auf geringe, gesundheitsunschädliche Mengen zu reduzieren; 3/ der Auswurf von Rußteilchen kann weitgehend vermieden werden; und 4/ die zur Herabsetzung der schädlichen Stoffe erforderlichen Vorrichtungen befinden sich entweder in den Gemischbildungssystemen (Vergaser oder Einspritzeinrichtungen) oder hinter den Auslaßventilen, wo durch Luftzufuhr, mit oder ohne Katalysator, eine Nachverbrennung der giftigen Stoffe erzielt wird.

Was nach dem Urteil der Experten also technisch heute schon möglich ist, muß von den Politikern im Interesse der Gesundheit in Europa durch gesetzliche Maßnahmen rasch in Angriff genommen werden. Die Kfz-Industrie sollte man dabei ermuntern, der Erforschung und Erprobung von Autos mit Elektro- oder anderen abgasfreiem Antrieb noch ein stärkeres Augenmerk als bisher zuzuwenden. An Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat wird es liegen, dafür bei der anstehenden Kfz-Steuerreform durch eine entsprechende steuerliche Regelung für den Einsatz solcher Fahrzeuge einen echten Anreiz zu schaffen.

(-/ex/1.4.1971/bgy)

+ + +

Bundestags-Unmut über Olympia-Kosten

Wachsende Öffentlichkeits-Beschwerden über "Milliardenspiele"

Nach dem "geplatzten" Gespräch des Bundestagsausschusses für Sport und Olympische Spiele mit dem Präsidenten des Olympischen Organisationskomitees, Willi Daume, dessen Generalsekretär, Herbert Kunze, und dem Hauptgeschäftsführer der Olympiabaugesellschaft, Carl Mertz, über den Vorbereitungsstand und die Finanzierung der Olympischen Spiele 1972 herrscht in Parlament und Regierungskreisen spürbarer Unmut über die sich anbahnende Kostenentwicklung.

1,9 Milliarden DM weist der V. Finanzierungsbericht der Bundesregierung aus. Die hierzu benötigten Angaben der Olympiabaugesellschaft erhielt die Regierung erst nach dreimaliger Terminverschiebung. 847 Millionen DM beträgt nach dem gegenwärtigen Kostenstand der Anteil der öffentlichen Haushalte. Hiervon trägt der Bund allein 50 vH. Innerhalb eines Jahres stiegen die Kosten um 315 Millionen DM. Gründe für die Kostenerrhöhung sind neben der allgemeinen Baukostenentwicklung die zusätzliche Ausweitung des Bauprogramms. Hier allerdings, so wurde in den Bundestagsausschüssen für Sport und Olympische Spiele sowie Haushalt deutlich, soll der Bund als stärkster Konsortialpartner für einen Schlußstrich sorgen.

Über die bestehende Planung hinaus dürfen keine neuen Sportstättenforderungen mehr zugestimmt werden. Dies bezieht sich auch auf den neuesten Wunsch nach einer Eisschnellauf-Anlage. Durch eine zweifelhafte Taktik der Münchner Messgesellschaft, die zunächst für die wenig publikumswirksamen Sportarten, wie Ringen und Judo eine Halle zur Verfügung stellen wollte, müssen 43,1 Millionen DM zusätzlich finanziert werden, um die 15 Millionen DM für eine provisorische Halle aufzuwenden, die nach den Spielen wieder abgerissen würde. Die jetzt mit 43,1 Millionen DM veranschlagte Ringer- und Judohalle wird schließlich auf dem Gelände der Münchner-Messgesellschaft errichtet, um anschließend als Messehalle Verwendung zu finden. Diese Art von Interessen-Lobbyismus soll die Bundesregierung in den olympischen Gremien nunmehr wirkungsvoll entgegenreten.

Anlaß für Kritik der Parlamentarier und der Bundesregierung waren auch die widersprüchlichen Ausführungen zur Kostenentwicklung durch Vertreter der Olympiabaugesellschaft und des Organisationskomitees. So erklärte der Präsident des Organisationskomitees, Willi Daume, z.B. die Belastung der öffentlichen Haushalte betrage 784 Millionen DM - tatsächlich waren es 847 Millionen DM -, wogegen bereits im Februar 1970 die Belastung der öffentlichen Haushalte 831 Millionen DM betragen hatte. Besorgt über die Gesamtkosten der Olympischen Spiele äußern sich nicht zuletzt wegen der zunehmenden negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit Parlamentarier aller Bundestagsfraktionen, denen in großer Anzahl kritische Fragen und Beschwerden aus der Bevölkerung zur Finanzierung der "Milliarden-Spiele" zugehen.

(-/ex/1.4.1971/pgy)

+ + +